Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

#### Zuwanderung

Die Folgen: Die Schweiz platzt aus allen Nähten.



Die grosse Mehrheit sind keine Flüchtlinge, sondern Migranten.



#### SVP-Familienfest

Gemeinsam für unsere direkte Demokratie einstehen.





## Zuwanderung muss begrenzt werden

Je nach Szenario könnten im Jahr 2035 bis gegen 10 Millionen Menschen in der Schweiz leben. Treiber dieser Entwicklung ist die ungebremste Zuwanderung. Die Folgen auf Infrastrukturen, Mieten, Bodenpreise, Raumplanung, Energieverbrauch, Schulen, Gesundheitswesen oder Sozialwerke sind heute erst ansatzweise absehbar. Gravierend wären sie in jedem Fall.

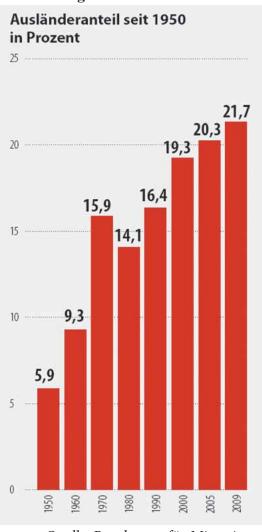
Die meisten Schweizerinnen und Schweizer merken es deutlich: Die

Zahl und der Zustrom an Ausländern in unser Land werden immer grösser. Doch die Politik und die Medien wollen uns weismachen, dass alles halb so schlimm sei. Mit immer neuen politischen Schlaumeiereien versuchen sie die Probleme im Bereich der Zuwanderung herunterzuspielen. Es wird jedoch immer deutlicher, dass die Folgen einer Zuwanderung, in der Grössenordnung wie wir sie in den vergangenen Jahren erlebt haben, gravierend sein werden.

Die Zuwanderung muss wieder steuerbar und begrenzt werden. Der Handlungsspielraum in der Ausländerpolitik ist zurückzugewinnen. Ebenso klar ist, dass diese Diskussion nicht ohne den Einbezug der Personenfreizügigkeit mit der EU erfolgen kann. Rund 70% der Zuwanderung stammt heute aus den EU-Staaten. Eine Neubeurteilung der Personenfreizügigkeit drängt sich deshalb auf.

Die Schweizer Identität darf nicht

wegen einer Masseneinwanderung verlorengehen.



Quelle: Bundesamt für Migration



## Zuwanderung steuern

ie Schweiz hat die selbständige Steuerung und Kontrolle über die Zuwanderung verloren. Die Personenfreizügigkeit mit der EU zusammen mit den offenen Grenzen führten dazu, dass in den letzten vier Jahren der Wanderungssaldo, also die Differenz zwischen Ein- und Auswanderungen, bei über einem Prozent der Gesamtbevölkerung lag. In absoluten Zahlen ausgedrückt heisst das, dass durchschnittlich mehr als 83'000 Personen jedes Jahr zusätzlich in die Schweiz eingewandert sind. 70% der Zuwanderer kommen aus dem EU-Raum. Die Zuwanderung aus der EU lässt sich wegen der Personenfreizügigkeit nicht mehr beeinflussen. Die negativen Folgen dieser Situation werden immer offensichtlicher. Es ist deshalb höchste Zeit, dass die Schweiz die Steuerbarkeit über die Zuwanderung zurückgewinnt und den Zustrom von Einwanderern begrenzen kann.

In den letzten vier Jahren sind offiziell über 330'000 Personen mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert. Die Zuwanderung erfolgt heute wegen der Personenfreizügigkeit ungebremst. Diese Situation wird durch einen zu einfachen Familiennachzug aus Drittstaaten, zahlreiche illegale Aufenthalter und erneut steigende Asylzahlen weiter verschärft. In nur sechzig Jahren hat sich der Ausländeranteil in der Schweiz knapp vervierfacht. Und dies obwohl noch nie so viele Personen eingebürgert wurden. Betrug der Ausländeranteil 1950 noch 5,9%, stieg er

bis 2009 explosionsartig auf 21,7% an. Das Bundesamt für Statistik rechnet bis zum Jahr 2035 mit einem weiteren, massiven Bevölkerungswachstum. Bald schon könnten über 10 Millionen Menschen in der Schweiz leben

Die Folgen der Zuwanderung auf Wirtschaft. Mieten. Bodenpreise, Raumplanung, Infrastrukturen, Schulen, Arbeitslosigkeit, Gesundheitswesen und Sozialwerke werden immer offensichtlicher. Die Folgen für die Infrastrukturen sind immens, der Verkehr wird stark zunehmen. Die Nachfrage nach Wohnraum explodiert. So sind die Mietpreise, insbesondere in den Städten, massiv gestiegen, in der Stadt Zürich beispielsweise um 60% in den letzten 10 Jahren. Aber auch auf dem Land werden die Boden- und Mietpreise immer höher. Im Energiebereich führt die Zuwanderung zu einer weiter steigenden Nachfrage nach Elektrizität, was zusätzliche Produktionskapazitäten verlangt. Und auf dem Arbeitsmarkt findet ein Verdrängungsprozess statt. Zuwanderer aus der EU verdrängen in verschiedenen Branchen Arbeitnehmer aus Drittstaaten. Diese belasten dann unser Sozialsvstem. Auch die Arbeitslosigkeit ist für eine Hochkonjunkturphase mit über 3 Prozent vergleichsweise hoch.

Mittlerweile bestreitet kaum mehr jemand, dass vor diesem Hintergrund Handlungsbedarf besteht. Doch fehlen seit der Einführung der Personenfreizügigkeit weitgehend die Instrumente zur Steuerung der Zuwanderung. Für die SVP ist es klar, dass die Handlungshoheit im Bereiche der Migration zurückgewonnen werden muss. Die Zuwanderung ist zu begrenzen und muss selber gesteuert werden können. Darum müssen wir von der SVP vors Volk.

#### Eine Begrenzungsinitiative bringt uns die Steuerungsinstrumente zurück

Folgende Punkte müssen in der Verfassung verankert werden:

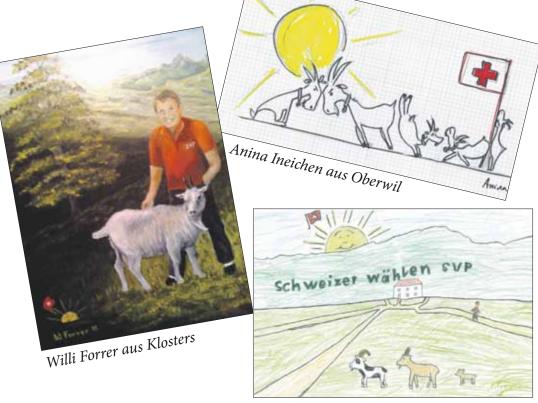
- Die Einwanderung von Ausländerinnen und Ausländern muss wieder eigenständig steuerbar werden.
- Die Einwanderung muss durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente für alle Bewilligungen des Ausländer- und Asylrechts begrenzt werden.
- Bei der Erteilung von Aufenthalts-, Niederlassungs- und Grenzgängerbewilligungen ist auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen und den Bedarf nach Arbeitskräften Rücksicht zu nehmen. Dabei soll ein Inländervorrang gelten.
- Es besteht kein Anspruch auf dauerhafte Niederlassung, Familiennachzug oder Sozialleistungen.
- Internationale Verträge, die der neuen Verfassungsbestimmung widersprechen, sind anzupassen oder zu kündigen.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

## Geissbock Zottel auf einer Tour de Suisse

icht nur die SVP, sondern auch unser Maskottchen Geissbock Zottel "isch bi de Lüt". Gerne geht Zottel mit seinem Besitzer Nationalrat Ernst Schibli auf Reisen, er besucht immer wieder unsere Delegiertenversammlungen, dies sehr zur Freude der Besucher. Nun wird Zottel eine Tour de Suisse machen und verschiedene Nationalrätinnen und Nationalräte quer durch die ganze Schweiz besuchen. In den nächsten Tagen wird Zottel Toni Brunner auf seinem Hof in Ebnat-Kappel treffen. Er wird dort Nubes, das berühmte Schwein von Toni Brunner, kennen lernen und auch sehen, wie unser Parteipräsident wohnt. Was Zottel auf seiner ersten Etappe der Tour de Suisse erlebt, können Sie ab dem 24. Mai auf Zottels Homepage unter www.zottel-2011.ch oder auf der Homepage der SVP Schweiz unter www.svp.ch sehen.

Zottel gratuliert den Gewinnern des Malwettbewerbs!



Nathanael Künzli aus Laupersdorf



# Initiative zur Begrenzung der Zuwanderung

Die Schweiz wird von der hohen Einwanderung überrollt. Mit der nun geplanten "Begrenzungs-Initiative" wird unserem Land die Möglichkeit gegeben, die Einwanderung zu steuern. An der kommenden SVP-Delegiertenversammlung wird beantragt, eine entsprechende Volksinitiative zu beschliessen. Damit werden Quantität und Qualität der Einwanderung wieder kontrollierbar. Das ist für unser Land von zentraler Bedeutung.

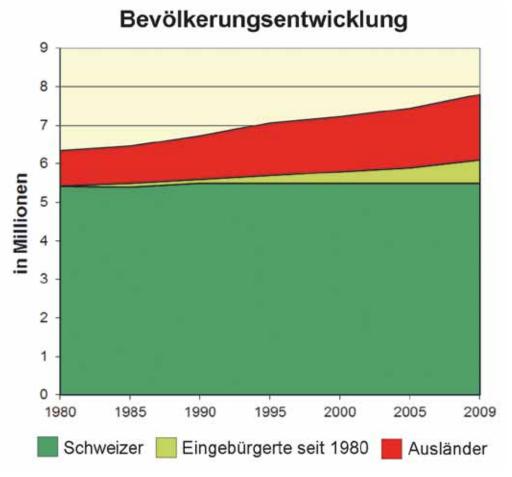


von Nationalrat Luzi Stamm, Baden-Dättwil (AG)

Tit der Einführung der Personenfreizügigkeit haben wir \_alle Steuerungsmöglichkeiten aus der Hand gegeben. Seither explodieren die Einwanderungszahlen. Die Dimensionen sind inzwischen Sie sind erschreckend: bekannt. Im Rekordjahr 2008 wurden nicht weniger als 157'271 neue Aufenthalts - und Niederlassungsbewilligungen erteilt. In nur vier Jahren wuchs die Schweizer Bevölkerung wegen der Einwanderung um netto 330'000 Menschen. Jahr für Jahr wird wegen der Zuwanderung - bildlich gesprochen - eine neue Stadt St. Gallen ins Schweizer Mittelland gesetzt. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Es ist unmöglich vorauszusagen, ob wir in zehn oder zwanzig Jahren acht, zehn oder zwölf Millionen Einwohner haben werden; oder sogar noch mehr. Selbst das Bundesamt für Statistik rechnet inzwischen mit 10 Millionen Einwohnern bereits in naher Zukunft.

## Selbst die besten Experten haben sich getäuscht

Sämtliche bisherigen Prognosen erweisen sich als falsch, nicht nur jene der Politikerinnen und Politiker (inklusive Bundesrat). Selbst die best-



Der Wanderungssaldo, also die Differenz zwischen Ein- und Auswanderungen, betrug allein in den letzten vier Jahren über 330'000 Personen. Dies entspricht in etwa der Einwohnerzahl des Kantons Tessin.

ausgewiesenen Fachleute haben sich betreffend Auswirkungen der Personenfreizügigkeit massiv getäuscht. Kein Experte hat z. B. die hohe Einwanderung aus Deutschland auch nur ansatzweise richtig vorausgesagt.

Und auch viele Stimmbürger haben sich getäuscht. Sie haben nicht realisiert, dass Personenfreizügigkeit im Kern bedeutet, dass ein Land jegliche Kontrolle über die Zahl der Einwanderer verliert. Viele Stimmbürger haben gemeint, es brauche die Personenfreizügigkeit, um diejenigen Arbeitnehmer ins Land zu holen, die man benötigt. Das ist absurd: Um Leute einwandern zu lassen, braucht es kein internationales Abkommen. Oder sie haben gemeint, Personenfreizügigkeit habe etwas mit Marktöffnung zu tun. Auch das ist völlig falsch: Freier Han-

del und freie Einwanderung sind zwei grundsätzlich verschiedene Dinge.

## Höchstzahlen respektive Kontingente

Steuerungsmöglichkeit und Kontrolle heisst notwendigerweise Begrenzung. Die Schweiz muss die Möglichkeit zurück erhalten, Kontingente festzulegen. Genau das soll mit der geplanten Initiative gefordert werden. Die Initiative soll im Text beinhalten, dass die Schweiz jährlich Höchstzahlen für die Aufenthaltsbewilligungen bestimmt. Dabei ist sicherzustellen, dass es keine Umgehungsmöglichkeiten geben kann. Alle Ausländer-Kategorien müssen deshalb miteinbezogen werden. So darf es zum Beispiel nicht sein, dass Kontingente für die normalen Aufenthaltsbewilligungen via wiederholt ausgestellte Kurzaufenthaltsbewilligungen unterlaufen werden. Oder Höchstzahlen dürfen nicht via die "Asyl-Schiene" oder via ausufernden Familiennachzug ad absurdum geführt werden. Auch die Grenzgängerbewilligungen müssen mit speziellen Kontingenten miteinbezogen werden.

#### Welches sind die Kriterien?

Sobald Höchstzahlen und Kontingente festgelegt werden, stellt sich selbstverständlich die Frage, nach welchen Kriterien diese aufzufüllen sind.

Die Initiative kann diese Frage nicht im Detail regeln. In die Bundesverfassung gehört nur der Grundsatz, dass eine Einwanderung insbesondere dann möglich ist, wenn ein Stellenangebot aus der Schweiz vorliegt und wenn der Gesuchsteller gewisse persönliche Voraussetzungen erfüllt: Es sollen nur Leute einwandern und in der Schweiz bleiben dürfen, die sich auch wirklich integrieren (können und wollen).

Sämtliche Details müssen bei der Annahme der Initiative via Gesetzgebung umgesetzt werden. Andere Länder zeigen, wie das geht und welche Systeme sich bewährt haben. Länder wie Kanada, Australien und Neuseeland steuern die Einwanderung zum Beispiel durch ein modernes Punktesystem: Für eine Aufenthaltsbewilligung wird das Erreichen einer Mindest-Punktzahl vorausgesetzt. Dabei werden Kriterien wie berufliche und schulische Qualifikationen, Berufsgattung, Berufserfahrung, noch zu erwartende Arbeitsdauer, absehbare finanzielle Selbstständigkeit, Herkunftsland, Beziehung zum Land, Alter und Sprachkenntnisse bewertet. Mit einem solchen System kann die Einwanderung optimal gesteuert werden. Für die Wirtschaft wichtige Arbeitnehmer und Fachkräfte können flexibel aufgenommen werden. Wer hingegen das Sozialsystem missbraucht und die Integration verweigert, erreicht die notwendige Mindestzahl nicht und scheidet aus.

Zwingende Neuverhandlungen mit der EU bezüglich Personen-

#### freizügigkeit

Tatsache ist, dass jede konkrete Begrenzung der Einwanderung im Widerspruch mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU steht. Denn so lange alle EU-Bürger – weit mehr als 500 Mio. Menschen – einen Rechtsanspruch besitzen, unter den im Abkommen definierten Bedingungen in die Schweiz zu kommen, sind keine Höchstzahlen und Kontingente möglich

Eine Annahme der Initiative würde deshalb zwingend bedeuten, dass mit der EU Neuverhandlungen über den freien Personenverkehr geführt werden müssen. Objektive Gründe, dass die EU dies verweigert, gibt es nicht. Denn die EU zieht aus der gegenwärtigen Auswanderung Richtung Schweiz keine Vorteile und müsste in Anbetracht der Einwanderungsdimension in die Schweiz vollstes Verständnis für die Schweiz haben (auf die EU entsprechen die Schweizer Zahlen einer Einwanderung in die EU von jährlich 5 Millionen: so viele Einwanderer wären für die EU absolut undenkbar).

Die Initiative ist in keiner Art und Weise das Ende des "bilateralen Wegs". Im schlimmsten Fall müssen einige der Bilateralen Verträge angepasst werden. Das ist jedoch ein viel kleineres Problem als die negativen Folgen einer ungebremsten Zuwanderung.



## Wird das System ausgenützt, sind wir selber schuld

Die Schweiz hat innerhalb Europas einen der höchsten Ausländeranteile an der Gesamtbevölkerung aufzuweisen. Aufgrund der Umwälzungen in den nordafrikanischen Staaten erreicht uns nun eine neue Migrationswelle. Die Asylgesuche aus Tunesien haben in den letzten vier Monaten deutlich zugenommen. Die anfallenden Kosten müssen die Schweizerinnen und Schweizer tragen.



von Nationalrätin Sylvia Flückiger, Schöftland (AG)

ie die NZZ kürzlich aufdeckte, ist das vielgepriesene Beschäftigungswachstum dank Zuwanderung fast gänzlich auf das Wachstum des öffentlichen

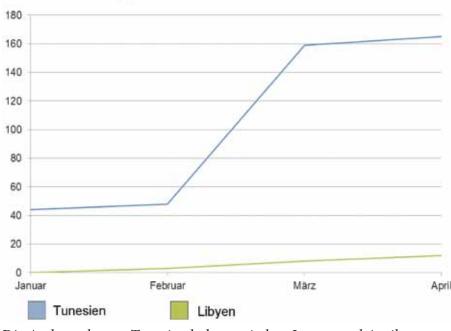
Sektors zurückzuführen. Das relativierte die immer wieder, vor allem seitens der Verwaltung und des Bundesrates, betonten positiven Wohlstandseffekte der Personenfreizügigkeit, und erklärt die kontinuierliche Schwächung des Mittelstandes, der die ganze Rechnung zu bezahlen hat. Sollte uns eine Krise treffen, werden wir unser blaues Wunder erleben, vor allem in Sachen Sozialwerke

#### Zuwanderungsdebatte in der Frühjahrssession 2011

Noch im Februar 2011 rechnete der Bundesrat aufgrund der Umwälzungen in den nordafrikanischen Staaten zwar mit einem möglichen Anstieg der irregulären Migration nach Europa und in die Schweiz. Er spielte die sich

anbahnende Problematik jedoch herunter. Die Bilder in den Medien sprechen längstens eine andere Sprache. Dauernd laufen Schiffe auf Lampedusa mit Hunderten von jungen Männern ein. Entscheidend ist, ob die Schweiz darauf vorbereitet sein will oder nicht. Deshalb verlangte die SVP während der Frühjahrssession 2011 eine dringliche Debatte zu den Migrationsströmen aus Nordafrika. Dabei standen vor allem die Verhinderung von illegalen Grenzübertritten, die Sicherung der eigenen Grenzen und die Durch-

#### Asyl-Gesuche aus Nordafrika 2011



Die Asylgesuche aus Tunesien haben zwischen Januar und April um 275% (!) zugenommen.

setzung des Dublin-Abkommens zur Debatte.

Es gilt auch die Lehren zu ziehen aus der Zuwanderung Anfang der neunziger Jahre aus den Balkanstaaten. Das Verteilen der Flüchtlinge auf die

Kantone und Gemeinden hat dazu geführt, dass nach der Beruhigung in den jeweiligen Ländern die Flüchtlinge, auch durch finanzielle Anreize, nicht mehr dazu gebracht werden konnten, in ihr angestammtes Land zurück zu reisen

#### Schengen/Dublin funktioniert nicht

Was wurde dem Volk vor der Abstimmung nicht alles versprochen? Es hiess, mit Dublin könne endlich etwas gegen Doppel- und Mehrfachgesuche von Asylbewerbern gemacht werden.

Es hiess, mit Dublin sei derjenige Staat für das Asylverfahren zuständig, in welchem der Asylsuchende als erstes einreist, und damit würden die Gesuche zurückgehen. Und vor allen wurde versprochen, dass wir damit wieder eine echte Steuerung der Zuwanderung hätten und damit verbunden eine rasche Rückführung Erstasylland usw. Mitnichten!

Auch die Mitteparteien haben es

nun scheinbar gemerkt, treten in den Medien auf, wollen sich im Wahljahr ebenfalls am Ruder betätigen, um den völlig eskalierenden Kurs der Zuwanderung zu steuern; Missbräuche seien störend, meinen sie jetzt überraschend!

Wie lange dauert diese Einsicht? Wohl bis nach den Wahlen 2011.

Die Steuerung der Zuwanderung haben wir Stück für Stück aus der Hand gegeben, alle diesbezüglichen Warnungen und Vorstösse seitens der SVP in der letzten Legislatur wurden negiert, als fremdenfeindlich hingestellt und vom Parlament abgeschmettert. Italien bezeichnet sich neuerdings als Durchgangsland - statt als Erstasylland-und schleicht sich aus der Verantwortung, indem es den Ankommenden den Aufenthalt im Schengen-Raum ermöglicht. Der italienische Aussenminister, Franco Frattini, spricht von über 300'000 zu erwartenden Flüchtlingen, statt von Migranten. Registriert Italien die Migranten nicht, ist eine Rückführung nicht möglich. Papiere werden vernichtet, Fingerabdrücke werden abgenommen oder auch nicht, es gibt kaum Kontrollen. Man muss gar davon ausgehen, dass die Migranten so schnell wie möglich in Züge gesetzt und nach Norden geschickt werden.

#### Die grosse Mehrheit sind keine Flüchtlinge sondern Migranten

Im Zusammenhang mit der Flüchtlingswelle berichten die Medien immer wieder von Flüchtlingen aus Nordafrika. Echte Flüchtlinge sind Menschen, die in ihrem Land an Leib und Leben bedroht sind, aufgrund ihrer Rasse, Religion, oder aufgrund ihrer politischen Aktivitäten. Bei der aktuellen Migrationswelle aus Afrika können wir anhand der Medienberichte und den dazugehörigen Bildern erkennen, dass es sich bei den sogenannten Flüchtlingen vor allem um junge, kräftige Männer handelt, welche jetzt in ihren Ländern im Grunde dringend gebraucht würden, um ihre Heimat wieder aufzubauen.

Die Schweiz ist bei der Bewältigung all dieser Herausforderungen wieder einmal auf sich selber gestellt. Es kommt nicht in Frage, dass die Schweiz Kontingente von Zuwanderern aus Nordafrika aufnimmt, wie dies Bundesrätin Sommaruga angekündigt hat. Ebenso muss gegen die von Italien praktizierende vorläufige Aufnahme von Personen aus Nordafrika und der damit zusammenhängenden Reisefreiheit im Schengen-Raum entschieden interveniert werden. Es ist vielmehr dafür zu sorgen, dass die Wirtschaftsflüchtlinge sofort wieder zurückgeschafft werden. Europa ist gefordert mitzuhelfen, Schiffe zur Verfügung zu stellen und diese Menschen unverzüglich wieder zurückzubringen. Das wäre auch ein ganz klares Signal an die Schlepperbanden, die einen äusserst lukrativen Industriezweig mit den reisewilligen Afrikanern aufgebaut haben.

### Eine Ohrfeige an das Schweizervolk?!

Die Schweiz beherbergt eine grosse Zahl an Zugewanderten. Kaum ein EU-Staat hat eine solche Dichte aufzuweisen. Die Konsequenzen hat unser Volk zu tragen. Doch das Mass ist voll und alle Hilfswerke, die Verwaltungen usw. müssen dies zur Kenntnis zu nehmen. Die Nachricht, pro Asylsuchendem 4'000 Franken für die freiwillige Rückkehr abzugeben, mutet nicht nur seltsam an, sondern ist eine Ohrfeige für das Schweizervolk. Wenn Steuergelder in einem solchen Ausmass verschleudert und zweckentfremdet werden, ist der Bundesrat in die Pflicht zu nehmen und eine Erklärung zu fordern, was ihn zu einem solchen Vorgehen berechtigt.

## Bundesrätin Simonetta Sommaruga ist gefordert

Wir sind bereit, Unterstützung zu leisten, sagte die Bundesrätin. Denn wenn die Schweiz Unterstützung zeige, könne sie auch selbst mit Solidarität rechnen. Die Schweiz erlebt jedoch das Gegenteil. Eine Beschleunigung der Verfahren wird in Aussicht gestellt und auch die Kompetenzverlagerung auf Bundesebene; doch bis die Vorlage das Parlament passiert hat, vergehen Jahre. Der vorgesehene kos-

tenlose Medizincheck (zulasten der Prämienzahler!) und der umfassende, kostenlose Rechtsschutz für Migranten sowie das Nothilfeprogramm bleiben bestehen.

Fazit: Die neuen Vorschläge bringen keine Beschleunigung - neue Strukturen bringen vor allem neue Kosten. Der Wegweisungsvollzug funktioniert nach wie vor nicht und wäre eines der dringendsten Probleme, das endlich gelöst werden muss.

#### Lösungen sind dringend anzupacken

Das Asylgesetz erlaubt es weiterhin, Flüchtlinge als momentan Schutzbedürftige aufzunehmen. Das soll auch so bleiben und gehört zu den grossen Schweizer Traditionen. Die Abklärung der Asylgesuche muss vor Ort und unverzüglich geschehen und darf nicht mehr Jahre dauern. Der Vollzug muss dringend umgesetzt werden und duldet keinen Aufschub. Dazu gehört auch die rigorose Einschränkung der Rechtsverfahren auf ein vernünftiges Mass

Langwierige Asylverfahren und eine Verteilung der betreffenden Personen an die Kantone sind dringend zu verhindern. Damit lassen sich nach einer Beruhigung der Lage die Flüchtlinge rasch wieder nach Hause bringen.

Verantwortliches Handeln und gezielte Hilfe für echte Flüchtlinge ist zu unterstützen, Ausnützung und Missbräuche aber ebenso konsequent und dringend zu verfolgen und abzulehnen. Schengen/Dublin ist gescheitert, neue Gespräche und Verhandlungen müssen geführt und an die neue Situation angepasst werden.

Die hängigen Reformen müssen unverzüglich angegangen und die Gesetzesrevision muss in beschleunigtem Verfahren durchgezogen werden. Dazu braucht es Mut, Durchsetzungsvermögen und den Willen, unser Land zu schützen und zu erhalten, insbesondere auch für unsere kommenden Generationen.

## Die SVP zum Anfassen an der BEA, der Luga und der RhEMA

Die SVP-Vertreterinnen und -Vertreter zeigen sich stets volksnah. Viele Sympathisanten liessen begeistert ihr Parteiprogramm von unseren Parteigrössen an den Messeständen signieren oder unterschrieben unsere Familieninitiativen und die Initiative zur Volkswahl des Bundesrates. Die Besucher nutzten die Gelegenheit, um Fragen zu stellen und Themen anzusprechen, die ihnen wichtig sind. Dieser direkte Kontakt wird in der SVP-Familie gross geschrieben und gerne gepflegt.



Der SVP-Stand an der BEA hat Tradition. Die Berner National- und Ständeräte Adrian Amstutz, Andreas Aebi, Thomas Fuchs, Jean-Pierre Graber, Erich von Siebenthal, Andrea Geissbühler und Rudolf Joder waren am Stand anzutreffen und suchten das Gespräch mit den Besuchern.



Die Besucher haben fleissig die Unterschriftenbögen der Familieninitiative und der Volksinitiative Volkswahl des Bundesrates unterschrieben.





Die SVP ist auch an der Luga volksnah und geht aktiv zu den Bürgerinnen und Bürgern. Der Stand der SVP wurde immer rege besucht, es gab kaum Leerlaufzeiten, weil immer Leute am Glücksrad drehten, Initiativen unterschrieben oder am Politisieren waren. Die Anzahl ausgefüllter Wettbewerbskarten und die gesammelten Unterschriften belegen die vielen Besucher am Stand. Ein Höhepunkt war das Signieren der Parteiprogramme durch Toni Brunner.



Schweizer wählen Der SVP-Stand an der RhEMA war ein grosser Erfolg. Die Menschen schätzten die Nähe zu den Politikern und nutzten den Stand zu regen Diskussionen mit unseren Exponenten. Am SVP-Wettbewerb nahmen mehrere Tausend Personen teil.

## **SVP-Familienfest**



Besuchen Sie das SVP-Familienfest auf dem Bundesplatz! Die SVP lädt alle Mitglieder und Sympathisanten der "SVP-Familie" inklusive ihren Kindern und Grosskindern zu einem Fest mit viel Folklore ein. Wir freuen uns auf eine schöne und würdige Veranstaltung.

Wir wollen gemeinsam für eine eigenständige Schweiz mit freien Bürgerinnen und Bürgern einstehen, die in unserer direkten Demokratie das letzte Wort haben.

#### **Programmablauf:**

Ab 13.00 Uhr Besammlung auf dem Bundesplatz

14.30 Uhr Beginn politischer Teil mit Bundesrat Ueli Maurer und

a. Bundesrat Christoph Blocher

15.40 Uhr Gemütlicher Ausklang mit Musik, Essen und Trinken

Spiel und Spass für Kinder

\$< 17.00 Uhr Ende der Veranstaltung

#### Anmeldetalon

<b>~</b> !!	illeluetaivii
Vorr	name: Name:
Stras	sse:
PLZ:	Ort:
Mail	
	Ich komme mit einer Gruppe / Anzahl Personen:

Mail an gs@svp.ch oder Talon einsenden an Generalsekretariat SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern. Auskünfte werden Ihnen erteilt unter 031 300 58 58.

# Auf nach Bern zum grossen SVP-Familienfest

Am 10. September 2011 heisst es für alle Mitglieder der SVP-Familie, ob gross oder klein, für alle Sympathisanten, Freunde und alle die für eine freie, unabhängige und neutrale Schweiz einstehen: "Auf nach Bern zum grossen SVP-Familienfest auf dem Bundesplatz!" Gemeinsam stehen wir an diesem Anlass in festlicher Stimmung für unsere direkte Demokratie und somit für eine gute Zukunft für unser Land ein. Bei diesem Grossanlass zählen wir auf Ihre Anwesenheit.

tember 2011 auf dem Bundesplatz in Bern treffen, werden wir gegen aussen ein Zeichen setzten: Die SVP zeigt ihr Gesicht,

sie steht ein und sieht hin, die SVP packt an und sie zeigt Zusammenhalt, wenn es wichtig ist und darauf ankommt. Liebe SVP-ler, am 23. Oktober 2011, dem nationalen Wahltag, wird es wichtig sein und darauf ankommen, wie sich die Zukunft unseres Landes gestalten wird. Wegweisende National- und Ständeratswahlen stehen uns bevor. Also beweisen wir am 10. September, dass wir mobilisieren können und reisen in grossen Scharen aus allen 26 Kantonen, mit Fahnen, Treicheln, Trachten usw. nach Bern!

Am SVP-Familienfest werden wir mit einer grossen Präsenz zum Ausdruck bringen, dass die SVP die Partei ist, welche sich für die Zukunft

unseres Landes, eine Zukunft in Freiheit und Sicherheit, einsetzt. Deshalb ist es wichtig, dass alle Generationen an diesem Samstag anwesend sind. Denn das Wohl der Schweiz ist im Interesse von Jung und Alt. Die Familie, der Rückhalt eines jeden, soll am SVP-Fest im Vordergrund stehen. Alle Generationen sollen vertreten sein. Gemeinsam werden wir einstehen für:

- eine freie und unabhängige Schweiz, ohne fremde Richter und ohne EU-Diktat
- eine neutrale Schweiz, in der die Verteidigung des eigenen Landes



senz zum Ausdruck bringen, von Grossrätin und Vizepräsidentin Nadja Pieren, OKdass die SVP die Partei ist. Präsidentin Familienfest, Burgdorf (BE)

im Vordergrund steht und

 die direkte Demokratie, damit das Volk auch in Zukunft das letzte Wort hat

Das SVP-Familienfest wird ein fröhliches und farbiges Fest für alle. Für Attraktionen für Jung und Alt, Verpflegung und Musik ist gesorgt. Es erwarten Sie interessante Kurzreferate von Politgrössen und Jungpolitikerin-

nen und -politikern. Für die Kinder wird es ein spezielles Aktivitätenprogramm geben mit Wettbewerb. Für musikalische Darbietungen ist ebenfalls gesorgt. Und natürlich wird auch

unser Zottel an diesem Fest nicht fehlen.

Sie sehen, es wird für alle ein spannendes und gemütliches Fest werden. An unserem Anlass gehören auch Sie mit Ihren Familien dazu, Sie sind herzlich eingeladen. Reservieren Sie sich den 10. September bereits heute und kommen Sie nach Bern. Helfen Sie mit, möglichst viele Leute zu mobilisieren, damit wir aus der ganzen Schweiz am 10. September zahlreich nach Bern reisen. Aus allen Kantonen werden Cars nach Bern und wieder heim fahren. Bitte nehmen Sie mit Ihrer Kantonal-

partei oder dem Generalsekretariat der SVP Schweiz Kontakt auf. Diese werden Ihnen gerne Auskunft betreffend Hin- und Rückreise erteilen

Ich freue mich sehr, mit Ihnen und Ihren Familien am 10. September 2011 einen gemütlichen und bereichernden Nachmittag in Bern verbringen zu können.



## Die SVP bewegt

## 5. SVP-Grümpelturnier

## Samstag, 16. Juli, ab 10.00 Uhr Reitplatz, Winterthur Töss

Grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, guten Preisen, Plausch, Musik und vielem mehr!

Kategorien (es gibt keine Altersbeschränkung):

- Plausch Sie und Er (6 Spieler, davon mindestens 2 Damen)
- Männer (6 Spieler)

Auch Einzelspieler sind willkommen, nach Möglichkeit wird ein Team zusammengestellt.

Teilnahmegebühr: Fr. 50.- pro Team. Anmeldungen ab sofort im Internet über www.svp.ch oder per Mail an imobersteg@svp.ch. Auskünfte erteilt Ariane Imobersteg (Tel. 031 300 58 58).

Anmeldeschluss: 2. Juli 2011

<b>}&lt;</b>		
Anmeldetalon		
Name: Vorname:		
Adresse:		
Email: Natel:		
Kategorie:   Plausch Sie und Er   Männer   Einzelspieler		
Mannschaftsname:		

## Die SVP ist gegen Aushebelung der direkten Demokratie

Die SVP wendet sich entschieden gegen die zunehmende Aushebelung der direkten Demokratie. So lehnt sie insbesondere die Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit mit Nachdruck ab. Die Verfassungsgerichtsbarkeit würde zu einer verstärkten Politisierung der Justiz führen und Kompetenzen vom Stimmbürger und dem Parlament an Gerichte verlagern. Letztlich werden damit die Volksrechte geschwächt. Eine solche Aufweichung der Volksrechte kann nicht hingenommen werden.



von Nationalrat Christoph Mörgeli, Stäfa (ZH)

er jüngste Vorschlag des Bundesrates ist ebenso vehement abzulehnen. Dieser sieht vor, die Ungültigkeitsgründe für Volksinitiativen zu erweitern und eine materielle Vorprüfung von Volksinitiativen mit "Warnhinweis" auf dem Initiativbogen einzuführen.

Im Weiteren ist auch die Tendenz, das gesamte internationale Recht auf die Stufe des zwingenden Völkerrechts zu setzen und bei der Beurteilung von Volksinitiativen und der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen auf schwammige Kriterien wie "den Kerngehalt der verfassungsrechtlichen Grundrechte" abzustellen, verwerflich.

Die SVP lehnt den Vorentwurf der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates zur Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit ab. Die vorgeschlagene Streichung von Art. 190 der Bundesverfassung, welcher die Bundesgesetze und das Völkerrecht als massgebendes Recht für die Gerichte definiert, würde eine erhebliche Schwächung der Volksrechte bedeuten, einem Richterstaat Vorschub leisten und zu einer verstärkten Politisierung der Justiz führen. Bei der Frage der Verfassungsgerichtsbarkeit geht es nicht in erster Linie um das konkrete Verhältnis zwischen Verfassung und Bundesgesetzen, sondern vielmehr um die zentrale Frage, wer für die Konkretisierung unbestimmter Verfassungsbegriffe zuständig ist. Eine Streichung von Art. 190 der Bundesverfassung würde dazu führen, dass Richter über die Köpfe des Parlaments und der Bevölkerung hinweg Bundesgesetze oder Teile davon für verfassungswidrig erklären könnten. Dies,

obwohl Parlament und Volk das entsprechende Bundesgesetz bewusst so formulierten und andere Faktoren stärker gewichteten als Verfassungsbestimmungen, die aufgrund ihrer Formulierung verschiedene Interpretationsmöglichkeiten zulassen. Die Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit würde zu einer bedeutsamen Rechtsunsicher-

heit führen, weil auf die Vorschriften in Bundesgesetzen kein Verlass mehr wäre. Zudem würden die Gerichtsverfahren länger dauern und mehr Kosten verursachen. Die Verfassungsgerichtsbarkeit zeugt letztlich von einem unberechtigten Misstrauen gegenüber dem Volk als Souverän.

#### Keine Schwächung der direkten Demokratie und der Volksrechte

Mit Nachdruck stellt sich die SVP

auch gegen zunehmende Tendenzen der Einschränkung der Volksrechte. Mit dem Verweis auf internationales Recht werden berechtigte und von einer Mehrheit von Volk und Ständen angenommene Volksinitiativen nicht mehr gemäss dem Willen des Souveräns umgesetzt. So geschehen bei der Verwahrungsinitiative und bei der Unveriährbarkeitsinitiative: bei der Minarett- wie auch bei der SVP-Ausschaffungsinitiative werden völkerrechtliche Einwände erhoben, um sie nicht gemäss Wortlaut umsetzen zu müssen. Ebenso abzulehnen sind die jüngsten Vorschläge des Bundesrates, die Ungültigkeitsgründe für Volksinitiativen zu erweitern und eine materielle Vorprüfung von Volksinitiativen mit "Warnhinweis" auf dem Initiativbogen einzuführen. Gefährlich ist dabei auch die Tendenz, das gesamte internationale Recht auf die Stufe des zwingenden Völkerrechts zu setzen und bei der Beurteilung von Volksinitiativen und der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen auf schwammige Kriterien wie "den Kerngehalt der verfassungsrechtlichen Grundrechte" abzustellen.



### 14 Inserate









Seit Jahren bekannt für physikalisch induktive Kalk- und Rostschutztechnik

Sirox Cleantech GmbH Tel. 056 427 20 14 www.wassertrinker.ch info@sirox.ch

#### **Impressum**

berin:

Auflage 60 000 Exemplare Herausge Stiftung SVP-Pateizeitung

cheingsweise:

Mitarbeiter: Michèle Berger, Kevin Grangier SVP-Klartext, Postfach 8252 3001 Bern - klartext@svp.ch Adresse:

Druck:

Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20 4800 Zofingen - www.ztonline.ch

Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch Abonnement:

Michèle Berger - klartext@svp.ch Inserate:

## Vertrag mit dem Volk

am Samstag, 27. August im Theater 11, Thurgauerstrasse 7 in Zürich-Oerlikon

Wir laden die Delegierten der SVP Schweiz und alle Mitglieder zum Wahlauftakt ein. Die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP für den National- und Ständerat unterzeichnen den Vertrag mit dem Volk. Sie geben damit ihr Wahlversprechen gegenüber dem Volk für eine freie und unabhängige Schweiz ab.

#### Programmablauf:

ab 10.00 Uhr Türöffnung

11.00 Uhr Beginn politischer Teil mit Bundesrat Ueli Maurer und

a. Bundesrat Christoph Blocher und vielen Unterhaltungs-

12.45 Uhr Gemütlicher Ausklang mit Musik, Essen und Trinken

Verpassen Sie diesen Wahlauftakt nicht! Die Sitzzahl ist beschränkt! Bestellen Sie heute



#### Schweizer wählen SVP



Fit bis 100+

Muskeln sind die Motoren des Lebens



### Innoplate by SALUSSTAR\*

#### Therapie- und Trainingsplatte BISA® Vibrationstraining 3 D

Die Innoplate eignet sich vorzüglich für einen gezielten Muskelaufbau.

Koordination und Balancevermögen werden gefördert. Kraft, Ausdauer und Beweglichkeit verbessern sich signifikant.

Kurze Trainingseinheiten von 5 - 15 Minuten bringen ungeahnte Verbesserungen.

Sanfte und trotzdem, sehr effiziente Schwingungen vermitteln eine exklusive Lebensqualität und Lebensfreude pur.



Sonderpreis für Leser: statt Fr 9'890 nur Fr. 8'990 .- inkl. MWSt.

inkl. Gratislieferung im Wert von Fr. 300.-

- Anwendereinschulung vor Ort
- Trainingsprogramm mit 44 Grundübungen
- Praxisseminare in Zürich
   Fr. 250.- Person/Tag

Zahlreiche begeisterte Anwender nutzen das Gerät im Privat- und Firmenbereich und betreiben damit aktive Gesundheitsvorsorge. Wir beraten Sie gerne: Pro Care Innomed GmbH - 5462 Siglistorf - Tel.: 056 243 15 74 - procareinno@bluewin.ch - www.procare.ch

# Petition Gebührenmonster: 200 Franken sind genug!

Wir bezahlen die höchsten Radio- und Fernsehgebühren in Europa: Jedes Jahr 462 Franken pro Haushalt. Seit 2008 geht die Billag im Auftrag des Bundesrates auch auf Handy- und PC-Besitzer los. Unternehmen werden zusätzlich geschröpft. Im vergangenen Herbst hat das Parlament einen Systemwechsel beschlossen: Jede Privatperson und jedes Unternehmen muss zahlen – egal, ob ein Empfangsgerät vorhanden ist oder überhaupt jemand SRG-Programme konsumiert. Ein Skandal sondergleichen!



von Nationalrätin Natalie Rickli, Winterthur (ZH)

m 17. Mai haben wir die Gebührenmonster-Petition "Radio- und Fernsehgebühren: 200 Franken sind genug" zuhanden Bundesrat und Parlament eingereicht. In nur vier Monaten haben 143'297 Personen unser Begehren unterschrieben. Damit gehört diese Petition zu den Erfolgreichsten in unserem Land. Gleichzeitig sind wir mit dieser Online- und Facebook-Aktion wohl auch Vorbild für

#### Die Forderungen:

- 1. Die Radio- und Fernsehgebühren sind auf 200 Franken pro Jahr zu senken.
- 2. Sämtliche Einsparungen bei der Billag (derzeit 10 Mio.) und nicht ausbezahlte Gebührengelder (derzeit 67 Mio.) sind den Gebührenzahlern zurück zu erstatten.
- 3. Das Parlament muss eine Regelung erlassen, dass Personen bzw. Haushalte und Firmen, welche nachweislich weder Radio noch Fernsehen konsumieren, von der Gebühr befreit werden.

kommende politische Kampagnen. Im vergangenen Herbst hat das Parlament einen Systemwechsel bei den Radio- und Fernsehgebühren beschlossen: Ab 2015 soll die sogenannte Haushaltabgabe eingeführt werden. Jede Privatperson und jedes Unternehmen muss zahlen – unabhängig davon, ob ein Empfangsgerät vorhanden ist oder überhaupt jemand SRG-Programme konsumiert. Dagegen wehren wir uns.

## Der Gebührenzahler hat nichts zu sagen

Der Gebührenzahler muss die Radiound Fernsehgebühren einfach bezahlen; zu sagen hat er aber nichts. Wohl auch deshalb haben so viele Personen die Petition unterzeichnet und ihren Unmut zum Ausdruck gebracht. SVP-Vorstösse im Parlament, welche die Gebühren senken oder mindestens die Gebührenkompetenz dem Parlament übertragen wollten, sind gescheitert. Heute entscheidet der Bundesrat alleine über die Gebührenhöhe. Weder bei der SRG noch bei der Billag herrscht Transparenz in der Rechnung. Die Gebührenzahler haben ein Anrecht zu wissen, was mit den 1,2 Mia. Franken, die die SRG erhält, geschieht!

Im August 2010 liess der Bundesrat verlauten, im Jahr 2011 gebe es keine Gebührenerhöhung. Nun wurden die Gebühren zwar tatsächlich nicht erhöht. Die Billag aber hat auf eine Jahresrechnung umgestellt, was jährliche Einsparungen von 10 Mio. Franken mit sich bringt. Dieses Geld fliesst

nun in die Gebührenkasse statt zu den Gebührenzahlern – eine versteckte Gebührenerhöhung. Wir fordern, dass dieses Geld den Gebührenzahlern zurückerstattet wird!

#### **Definition des Service Public**

Durch die Intransparenz in der SRG-Rechnung wird verunmöglicht zu erfahren, welcher der 18 Radio- und 8 Fernsehsender wie viel kostet Wie viel die SRG für die verschiedenen Sparten (Unterhaltung, Kultur, Information, Sport, usw.) ausgibt, ist ebenfalls unbekannt. Was kosten die Marketingund Lobbying-Aktivitäten? Auch dies darf niemand wissen. Diese Zahlen aber braucht es. um eine Grundsatzdiskussion über den Service Public führen zu können. Und dieser Service Public muss dringend einmal genau definiert werden. Zur Erfüllung des Service Public braucht es sicher nicht 18 Radio- und 8 Fernsehsender. Was private Sender machen können, soll diesen überlassen werden.

Unter dem Strich lautet das Fazit deshalb: 200 Franken sind genug! Dies finden 143'297 Personen. Wir erwarten, dass Bundesrat und Parlament diese Leute ernst nehmen und die Forderungen in die medienpolitischen Entscheide der nächsten Monate einfliessen lassen.

Die Petition wurde unterstützt von der SVP, der JSVP, den Jungfreisinnigen, der JCVP, der JEDU und der jungen Lega.

Mehr Infos: www.gebuehrenmonster.ch





FREELANDER 2



Model E man, enging turnion as 15 coll principal control of the 44900 — Sandersahlung 15% der Basigne smolfahlung Laufzeit 48 Monate, 10 000 km/lahr, effektiver Jahresz ne 397%, Kaution 5%, obligatorische Volkschen nicht inbegniffen. Ledengrate monatlich DHF 555.15 inkl. Wist. Kredit vergabe ist verbaten, falls die zur Berachtidung des Konsumenten Führt.

\*\*\* Freelählter 2, 2.2 e04, Model E man. 150 F5/10 kW. Gesamtverbrauch 5.0 1/100 km. © CO<sub>2</sub>-Emission 158 g/km. Energieeffiziehz-Kategorie A.

\*\*\* Freelähder 2, 2.2 e04, Model Saut. 190 P5/140 kW. Gesamtverbrauch 7.0 1/100 km. © CO<sub>2</sub>-Emission 158 g/km. Energieeffiziehz-Kategorie B. © CO<sub>2</sub>-Emission aller in der Schweizengebestenen Fahrzeuge 188 g/km.